

# Der Kompromiss zwischen freier und sozialer Marktwirtschaft

## *Das eröffnende Panel der 100-Tage-Konferenz diskutierte das Prinzip Kapitalismus*

“Finanzielle Marktwirtschaft ist nicht tot. Sie ist in einem Winterschlaf.” Mit diesen Worten eröffnete Lionel Barber, Chefredakteur der *Financial Times*, die 100-Tage-Konferenz der Bertelsmann Stiftung. Die Form der Marktwirtschaft, die in den Nachwehen der Finanzkrise existieren sollte, wurde essentiellster Diskussionspunkt des ersten Panels.

Leonhard Fischer, Vorstandsvorsitzender von RHJ International und früheres Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group sagt, dass die Krise -trotz Zweifel- keineswegs die Globalisierung oder den freien Handel beenden wird. Jedoch bezweifelte er ob das Prinzip des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Form überleben wird, nachdem es in letzter Zeit so stark kritisiert wurde. Er verdeutlichte, daß es im Kapitalismus Privatpersonen auf der einen Seite zwar erlaubt ist so reich wie möglich zu werden, auf der anderen Seite jedoch sind sie -im Gegensatz zur Aristokratie- auch berechtigt ihr Kapital wieder zu verlieren. Die derzeitige Gefahr ist den wahrhaftigen Verlust aus den Augen zu verlieren.

Fischer warnte nationale Politiker davor, zu behaupten das Problem bestehe im System selbst. Dies geschieht jedes Mal sobald die westliche Welt über ihre Mittel hinausgelebt hat. Was zu einer Manipulation der Märkte führt, um den vorhandenen Lebensstandard zu erhalten. Er ist davon überzeugt, daß billiges Geld und Rettungsaktionen nicht jedes Problem lösen können. “Mich beunruhigt es, daß jemand, der mich davon abhält Geld zu verlieren, mich auch davor bewahren könnte, Geld zu verdienen.”

Partner bei Cooley Godward Kronish LLP und früheres Kommissionsmitglied der Securities and Exchange Commission, Roel Campos, äußerte seine Bedenken gegenüber Firmen, die zu mächtig seien, um sie untergehen zu lassen. Ebenfalls betonte er, daß eine weltweite Rezession nicht weiter akzeptabel ist. Für ihn bedeutet dies, daß Bankensystem finanziell zu stützen.

Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär der European Trade Union Confederation, vertrat einen gegensätzlichen Standpunkt. Er verkündete, daß der Kapitalismus im Bereich der Finanzmärkte bankrott sei.

Desweiteren drückte er seine Enttäuschung darüber aus, daß sich die Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise entwickelt hat. Die Wirtschaftskrise hat sich wiederum zu einer Krise des Arbeitsmarktes entwickelt. Er stellte in Frage in wie weit die Gesellschaft Arbeitsplätze und Arbeitnehmer schützen kann ohne in Protektionismus zu verfallen. Ebenfalls hinterfragte er wie verhindert werden kann, daß sich die Krise des Arbeitsmarktes zu einer Gesellschaftskrise weiterentwickelt. Dies hätte zur Folge, daß der Druck Löhne zu kürzen weiterhin größer wird und das soziale Ungleichgewicht anwächst.

Nancy Leamond von AARP konzentrierte sich auf die verlorenen Billionen von Pensionisten Fonds, als eine Konsequenz der Krise. Die verlorenen Gelder repräsentieren im Durchschnitt 40% des Besitzes einer Privatperson. Sie schloß sich anderen Panelisten an, welche sich gegen eine Zweiklassengesellschaft aussprachen. Sie warf die Frage in den Raum warum einige Industriezweige gerettet werden, während hingegen andere zusammenbrechen.

Hoffmann lenkte die Diskussion zurück auf die wirtschaftlichen Grundlagen. "Wir haben die Lektion vom Kollaps des Sozialismus in den 80er Jahren gelernt. Nun ist die zu lernende Lektion, daß Marktwirtschaften Grenzen brauchen, die sie vor dem Zusammenbruch bewahren. Wir müssen den Markt regulieren, um ihn als eine soziale Marktwirtschaft wieder aufzubauen."

Fischer befürwortet einen Kompromiss zwischen sozialer und freier Marktwirtschaft. Er nennt die Schweiz mit ihrem Umverteilungssystem für Menschen mit geringem Einkommen als Vorbild. "Wir müssen ein System haben, welches den minimalen Lebensstandard sichert. Ich glaube an den freien Markt...Aber ich denke ebenfalls, daß unsere Zivilisation eine Basis für diejenigen schaffen muß, auf die sich der Markt negativ ausgewirkt hat." Die Nachfrage nach einem Zwischenweg ist von besonderer Bedeutung fuer europäische und asiatische Sozialsysteme. "Deutschland hat seine Fürsorge übertrieben und Amerika tut nicht genug ". Der Kompromiss der Schweiz, einen freien Markt mit gewissen sozialen Grundsätzen in Form von umverteilenden Steuern zu haben, scheint die beste Möglichkeit zu sein.

Die Fairness des Finanzsystems spornte die Debatte zwischen Hoffmann und Fischer an. Fischer gestand seine Bewunderung fuer die tief verwurzelte Fairness im amerikanischen Markt, die immer verbunden ist mit einem hohen Level an Transparenz und erkennbaren Entscheidungsfindungen. Hoffmann jedoch bemerkte, daß die amerikanische Produktivität anstieg, währenddessen die Löhne stagnieren. "Ist das fair?", fragte er.

Fischer konstatierte, daß eine freie Marktwirtschaft so viel Manipulation wie nur möglich verhindere. Fischer sagt, daß freie Marktwirtschaften in den letzten 20 Jahren nicht gescheitert sind und daß ein faires System ein System sein sollte, in dem man sowohl reich, als auch arm werden kann. Darauf entgegnete Hoffmann, daß nichts falsch daran sei reich zu werden, jedoch viele Menschen arm werden, wenn ein Einzelner versagt. Er fügte hinzu, daß die freie Marktwirtschaft nicht das Ziel an sich sein sollte, sondern vielmehr diese in soziale Zielvorstellungen einzubetten.